

Drei Jahre Haft nach Krawallen

LÜNEBURG/DPA – Im Lüneburger Prozess wegen Krawallen zwischen jesidischen Kurden und muslimischen Tschetschenen in Celle hat das Landgericht einen 31-Jährigen wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht ging mit seinem Urteil am Mittwoch vier Monate über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus. Der angeklagte Deutsche mit kurdischen Wurzeln hatte im Prozessverlauf eingeräumt, einen Tschetschenen im Oktober mit einem Schlagstock attackiert zu haben. Der Mann hatte dabei eine Kopfwunde erlitten.

Die Kurden sollen die Muslime für Salafisten gehalten haben und davon ausgegangen sein, dass diese die Gräueltaten der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) billigten.

Interview

Präsident muss aufklären



ARCHIVFOTO: DPA

Grant Hendrik Tonne (38), SPD-Parlamentarier, ist verärgert über die Informationspolitik zum Landtagsumbau. Viele Fragen seien offen.

VON GUNARS REICHENBACHS

FRAGE: Herr Tonne, wie haben Sie reagiert, als Sie vom drohenden Abriss des alten Landtags hörten?

TONNE: Ich bin verärgert und mit der Informationspolitik unzufrieden! Schon von der Bauverzögerung haben wir Abgeordnete nur aus den Medien erfahren. Jetzt wird fast beiläufig in einer Sitzung der Baukommission erwähnt, dass es möglicherweise eine gravierende Weichenstellung gibt.

FRAGE: Haben Kontrollen versagt?

TONNE: Das kann man zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend sagen. Viele Fragen sind offen: zum Zeitplan, zum Denkmalschutz, zu Kosten. Jetzt will man in anderthalb Wochen Antworten geben. Das ist aber auch das Maximum, was wir an Zeit einräumen! Die Fraktionen haben ein Recht, dass alle Informationen durch den Landtagspräsidenten auf den Tisch gelegt werden: Wer wusste was und wann? Bernd Busemann (CDU) ist in der Verantwortung.

FRAGE: Vermissten Sie Transparenz beim Landtagspräsidenten als Mitbauherrn?

TONNE: Nun ja, der Landtagspräsident nutzt jede Gelegenheit, um mit weißem Helm über die Baustelle zu marschieren. Aber immer dann, wenn es schwierig wird, zeigt er mit dem Finger auf andere. Das werden wir Busemann nicht durchgehen lassen.

Proteststurm gegen Schulgesetz

BILDUNG Lehrer und Eltern kündigen harten Widerstand an – Furcht um Gymnasien



An den Schulen gärt es an allen Fronten: Tausende Schüler demonstrierten am 14. Januar in Hannover gegen den Ausfall von Klassenfahrten. Der Landesschülerrat hat zu einem landesweiten Schulstreik aufgerufen.

FOTO: DPA

Auch Bürger teilen die Sorgen. Viele haben schon eine Online-Petition unterschrieben.

VON GUNARS REICHENBACHS

HANNOVER – Gymnasiallehrer und Eltern proben den Aufstand: „Wir werden mit Protesten nicht lockerlassen bis zum letzten Tag“, kündigt Petra Wiedenroth vom Verband der Elternräte an Gymnasien harten Widerstand gegen das neue Schulgesetz an, das die rot-grüne Landesregierung bis Juni durch den Landtag bringen will.

Das „Wir“ schließt den Philologenverband ein, der massiv um die Existenz von Gym-

nasien und Realschulen fürchtet, sollten Gesamtschulen nach dem Gesetzentwurf künftig ersetzende Schulform werden. „Noch nie war die Gefahr für die Gymnasien so groß wie heute“, ergänzt der FDP-Schulexperte Björn Försterling.

Für Philologenverbandschef Horst Audritz wird „die Schließung von Gymnasien eskalieren“ wegen der schon jetzt absehbaren Neugründung von 50 Gesamtschulen landesweit. Nicht morgen. „Aber das ist die mittel- und langfristige Perspektive“, blickt der Pädagoge angesichts des demografischen Wandels in die Zukunft. So erwartet Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD), dass

die Schülerzahlen von aktuell etwa 851 000 auf 763 000 im Jahr 2020 sinken.

Für Audritz werden die leistungsorientierten Gymnasien zu den Verlierern gehören, wenn die Gesamtschule zeitgleich als „ersetzende Schulform“ jede andere Einrichtung auffangen darf und soll. „Das Gesetz zielt auf die schrittweise Beseitigung eines leistungsfähigen Schulwesens“, kritisiert Audritz: „Einer solchen zukunftsfeindlichen und unsozialen Schulpolitik werden wir gemeinsam mit allen Kräften entgegentreten.“

Der Verbandschef fürchtet sogar den weiteren Dreh an der Spirale gegen jeden Leistungsgedanken. „Kommt bald die Abschaffung der Note?

Wird die Ausbildung von Gymnasiallehrern gestoppt? Folgt bald ein Aufnahmewahlzwang für Gymnasien?“ sind Fragen, die die Lehrer zusätzlich bewegen.

Für Elternrätin Wiedenroth naht das Ende der Wahlfreiheit mit dem neuen Schulgesetz und der überragenden Stellung von Gesamtschulen: „Zu einem Elternwillen gehört unverzichtbar Bildungsvielfalt. Genau an dieser Stelle stehen wir vor einem noch nie dagewesenen Richtungswechsel.“

Diese Furcht hegen offenbar viele. Nahezu im Sekundentakt unterschreiben Bürger einen Online-Protest des Philologenverbandes – mehr als 3000 bisher.

Chemiefabrik zieht gegen Wenzel vor Gericht

EXPLOSION Nachspiel für Umweltminister

RITTERHUDE/DPA – Die Äußerungen von Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zu der explodierten Chemiefabrik in Ritterhude haben ein juristisches Nachspiel. Die Geschäftsführung der Entsorgungsfirma für Chemieabfälle stellte beim Verwaltungsgericht in Hannover einen Eilantrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung. Das Ministerium müsse nun eine Stellungnahme dazu abgeben, sagte ein Gerichtssprecher am Mittwoch. Eine Entscheidung in dem Verfahren werde es frühestens Ende Februar geben.

Nach Aussage von Wenzel soll Organo Fluid jahrelang Sondermüll ohne Genehmigung verbrannt haben. Dagegen wehren sich die Chefs des Unternehmens. Sie schickten



In der Kritik: Stefan Wenzel (Grüne).

FOTO: DPA

eine Unterlassungserklärung an den Minister, die dieser aber nicht unterschrieben hat. Die Fabrik war im vergangenen September nach einer Explosion in Flammen aufgegangen. Ein Mitarbeiter kam dabei ums Leben.

Angriff auf Politiker: Täter erhält Bewährung

JUSTIZ 21-jähriger Neonazi geständig

HANNOVER/DPA – Nach einem Angriff auf den Grünen-Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler ist ein Mitglied der verbotenen Neonazi-Gruppe „Besseres Hannover“ zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt worden. Der 21-Jährige hatte eingeräumt, Kindler während dessen Teilnahme an einer Demonstration gegen die rechte Musikgruppe Frei.Wild bedroht und geschubst zu haben, teilte ein Gerichtssprecher am Mittwoch nach dem Urteil des Amtsgerichts Springe vom Vortrag mit.

Außerdem gestand der Mann eine Attacke auf drei Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sowie einen versuchten Angriff auf einen im Zentrum von Hannover in den Hunger-



Opfer: Sven-Christian Kindler (Grüne).

FOTO: BODO MEIER

streik getretenen Asylbewerber. Der Verurteilte muss außerdem 100 Sozialstunden leisten.

Nach dem Teilgeständnis wurden weitere Vergehen, die dem 21-Jährigen angelastet wurden, nicht weiterverfolgt.

Ministerium hält brisantes Gutachten lange zurück

LANDTAG Erkenntnisse über maroden Plenarsaal schon im Januar – Offenbar „Pfusch am Bau“

VON GUNARS REICHENBACHS

HANNOVER – Ein gewagter Vergleich. Ausgerechnet die Pyramiden bemüht Andreas Meißner vom Finanzministerium, zuständig für die Bauaufsicht bei der Sanierung des alten Landtags, um über bröckelnde Gebäude zu sinnieren. Der Schönheitsfehler: Während die Pyramiden seit Jahrtausenden stehen, droht der entkernte Plenarsaal nach nur 50 Jahren zum einstürzenden Altbau zu werden. Ein vernichtendes fast 30-seitiges Ex-

perten-Gutachten attestiert dem Gebäude („In der Baubsubstanz schlummern erhebliche Risiken“) gravierende Mängel in den Beton-Außenwänden, die für den neuen Plenarsaal aus Urheberrechts- und Denkmalschutzgründen stehen bleiben sollten. „Es hätte eine bessere Qualität sein können“, stellt Meißner den Baufirmen der 60er Jahre ein mieses Zeugnis aus.

Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) erspart sich den Begriff vom „Pfusch am Bau“. Das Erstaunliche: Erst

2004 wurden die Platten an diesen Außenwänden abgehängt und die darunter liegende Betonhülle saniert – genau die, die sich jetzt als marode erweist. „Wir brauchen quasi eine Sanierung der Sanierung von 2004“, räumt Busemann ein, der auch einen Totalabriss mit anschließendem kompletten Neubau des Plenarsaals nicht ausschließt. „Wahrscheinlich hat der Schweiß der Abgeordneten den Außenwänden zugesetzt“, heißt es schon. Gutachter sollen bis Freitag kom-

mender Woche Auskunft geben über den Fortgang.

Doch das Zusammenspiel von Experten und Bauaufsicht im Finanzministerium scheint eher zäh. Bereits am 27. Januar lag die tickende Gutachter-Bombe im Haus von Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) vor. Das brisante Material habe man „schon“ am 10. Februar an die Baukommission weitergeleitet, sagt Referatsleiter Meißner zum eingeschlagenen gemächlichen Tempo.

Jetzt müssen sich die Abge-

Ämterwechsel an Polizeispitze

LÜNEBURG/DPA – Der nahende Ruhestand des Lüneburger Polizeipräsidenten Friedrich Niehörster im März führt zu Rochaden beim Führungspersonal der niedersächsischen Polizei. Als Niehörsters Nachfolger werde Innenminister Boris Pistorius (SPD) den Göttinger Polizeipräsidenten Robert Kruse vorschlagen. Dieser Wechsel sei Kruse bereits vom früheren CDU-Innenminister Uwe Schünemann zugesagt worden. Kruses Nachfolger soll der Präsident der Zentralen Polizeidirektion in Hannover, Uwe Lührig, werden. Als dessen Nachfolgerin ist die Leiterin der Polizeiinspektion Goslar, Christiane Berg, vorgesehen.

Tödlicher Streit in Hannover

HANNOVER/DPA – Bei einer Auseinandersetzung in Hannover ist ein 33-Jähriger ums Leben gekommen. In der Nacht zum Mittwoch waren in einem Mehrfamilienhaus im Stadtteil Linden mehrere Menschen in Streit geraten, teilte die Polizei mit. Dabei erlitt der 33-Jährige schwere Stichverletzungen, an denen er später im Krankenhaus starb. Details zu der Tatwaffe und dem Motiv waren nicht bekannt.

15 Parteien und Vereinigungen

BREMEN/DPA – Zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai hat der Landeswahlausschuss 15 Parteien und Wählervereinigungen zugelassen. Dazu gehören nach Angaben des Landeswahlleiters Jürgen Wayand vom Mittwoch die bereits in der Bürgerschaft vertretenen Parteien SPD, Grüne, CDU und Linke sowie die Vereinigung Bürger in Wut (BIW). Außerdem sind es FDP, Alternative für Deutschland (AfD), Piratenpartei, NPD, ÖDP, Tierschutzpartei, Bündnis 21/RRP, Die Partei, Neue Liberale und die Arme Leute Wählervereinigung (ALW). Den Sprung auf die Bewerberliste hat auch die Arme Leute Wählervereinigung (ALW) geschafft. Die Kreuzel-Partei Hude-Wüsting wurde nicht als Partei oder Wählervereinigung anerkannt.

Kurz notiert

Neuer Vorstand

HANNOVER – Die Landespressekonzferenz (LPK) geht mit einem neuen Vorstand in die kommenden zwei Jahre. Dem Vorsitzenden Thorsten Hapke stehen Michael B. Berger, Peter Mlodoč, Dirk Banse und Suana Meckeler zur Seite.